

TV-Tipp: Die Last der türkischen Vergangenheit



Heute 23 Uhr – zu „bester“ Sendezeit – wird auf ARTE ein zweistündiger Themenabend über den türkischen Völkermord an den Armeniern [„Türkei und Armenien – Die Last der Vergangenheit“](#) ausgestrahlt. Gezeigt werden zwei Dokumentationen: Die erste befasst sich mit der [Ermordung von Hrant Dink](#), die zweite [„Das Lied der Nahide“](#) mit der „Schande“, die es in der Türkei bedeutet, armenische Vorfahren zu haben.

Update: Jetzt mit Videos.

Einführungsvideo ins Thema:

Dokumentation zur Ermordung von Hrant Dink:

Schächten auf Österreichisch



[Messner KG](#), der Wurst- und Schinkenspezialist mit einem Faible für Halal-Waren ([PI berichtete mehrfach](#)), fährt doppelgleisig, fast möchte man sagen: doppelzüngig. Der künftigen Moslemkundschaft wird versichert, alle Waren entsprächen den islamischen Speisegesetzen, während Schächtkritiker erfahren, die Schlachtung erfolge nach den Regeln des Tierschutzes und der österreichischen Schlachtordnung. Was stimmt denn nun? Beides.

Anders als in Deutschland ist in Österreich Schächten nicht verboten. Als oberfauler Kompromiss einigte man sich darauf, das Tierschutzgesetz derart zu ändern, dass „unmittelbar“ nach der Führung [des Schächtschnittes die Tiere zu betäuben seien](#), da die Muslime eine vorherige Betäubung ablehnten. Doch was ist „unmittelbar“? Eine Sekunde später? Eine Minute? Oder wenn es dem Schächter beliebt? Anas Schakfeh, Chef der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) und [ein großer Bewunderer von „Märtyrern“](#), definiert [freischwebend](#): „Der Schächtstreich führt zu einer unmittelbaren Betäubung.“ Also ist gar keine Betäubung mehr notwendig! [Weiters erfahren wir](#): „Wir sehen sogar einen ausgesprochenen Vorteil darin, dass das Tier durch das fachmännisch ausgeführte Schächten gleichzeitig betäubt und zu Tode gebracht wird.“

Muslime als die wahren Tierschützer? Zu schön, um wahr zu sein. Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Es ist, wie so oft, bei Geschichten, die nicht von Anfang an erzählt werden. Bevor der Schächter seinen Schächtschnitt anbringen kann, muss das Schlachtopfer erst in eine entsprechende Position gebracht

werden. Da kein muslimischer Schächter, selbst wenn er über Riesenkräfte verfügte, ein Tier von der Größe einer Kuh niederringen kann, werden die Rinder in eine Vorrichtung aus Stahlplatten und -stangen eingeklemmt und dann auf den Rücken gedreht. Die Tiere stehen dabei Todesängste aus und brüllen vor Schmerz, denn in der unphysiologischen Lage lastet ihr Körpergewicht auf den inneren Organen. Zudem muss, um den Schächtschnitt überhaupt ansetzen zu können, der Hals des Opfers überstreckt werden und der Schnitt selbst wird durch die hochempfindsame, da reichlich mit Nerven ausgestattete Halsregion geführt. Entsetzliche Schmerzen sind die Folge.

Da klingt es wie Hohn, wenn die IGGiÖ uns weis machen will, „ein verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung“ sei „ein hohes Gebot des Islam“ und der Islam sei „am Tierschutz interessiert“. Damit das auch funktioniert, soll jeder österreichische Muslim schächten dürfen, der entweder über eine „Ausbildung als Fleischhauer“ verfügt oder aber „ein vergleichbares Fachwissen“ hat „wie es beispielsweise durch den [persönlichen Hintergrund](#) entsteht, falls jemand aus einer ländlichen Gegend stammt, in der es üblich ist, gleichsam wie in einer Lehre durch Anschauung, Hilfstätigkeit und Erfahrung eine geeignete Qualifikation zu erwerben.“

Allahu akbar!

(Gastbeitrag von [Yaab](#))

**Dierkes entblößt linken
Antisemitismus**



Hermann Dierkes, der trotz [Rücktritt als Duisburger OB-Kandidat](#), lokaler Fraktionschef der Linken blieb, ruft nach wie vor in Antisemitismus entblößender Weise zur [Boykottierung israelischer Produkte](#) auf und [nervt damit mittlerweile](#) bereits seine Parteigenossen. Dierkes Aussagen haben nämlich das linke Judenhasprobleme für aller Augen offensichtlich gemacht, hat er doch einige gleichgesinnte Parteifreunde.

Sie finden, man dürfe ihm doch nicht „den Mund verbieten“. Dierkes rechtfertigt sich, es sei

richtig gewesen, Sanktionen gegen Israel als Protest gegen den Überfall auf Palästina zu fordern.

Eine israelfreundliche Linke wäre nicht mehr „seine Partei“. Auf der von judenfeindlichen, fundamentalistischen Muslimen betriebenen Website *Muslim-Markt*, auf der gegen den „Pseudostaat“ Israel gehetzt wird, schrieb Dierkes:

Vor allem muss die deutsche Komplizenschaft bei der Unterdrückung der Palästinenser aufhören.

» Antworten für Dierkes richten Sie an: hermann.dierkes@arcor.de

(Spürnase: Eichbaum)



Großbritannien im Visier von Atombomben



Die britische Innenministerin Jacqui Smith machte heute einen alarmierenden [Bericht der Regierung](#) bekannt. Es handelt sich um eine dringende Warnung, dass Großbritannien unter erhöhtem Anschlagrisiko stehe. Terroristen würden Sprengstoffattentate planen, aber auch Angriffe mit chemischen, biologischen und sogar mit Nuklearwaffen. Anscheinend steht den meist in Pakistan ausgebildeten muslimischen Terroraspiranten und Selbstmordanwärtern dank Schmuggel und Diebstahl auch das nötige Bastelmaterial zur Verfügung. Bereits konnten über ein Dutzend geplante Anschläge verhindert werden, doch das Risiko steigt stetig weiter.



Durban II – Intifada in Genf



Im Jahr 2001 fand in der südafrikanischen Stadt Durban die erste „Weltkonferenz gegen Rassismus“ des UNO-„Menschenrechtsrates“ statt. Die einzige Thematik der Veranstaltung war Israel und „die Juden“ als größtes Übel der Welt, was soweit führte, dass man darüber nachdachte, wie gut es gewesen wäre, wenn Hitler erfolgreich geblieben wäre und man offen „Mein Kampf“-Bücher anlässlich der Konferenz verkaufte.

Die Juden in Durban wurden während der Tagung des UNO-Menschenrechtsrates an Leib und Leben bedroht. Auch die im April in Genf stattfindende Folgekonferenz ([Durban II](#)) wird voraussichtlich ein antiisraelisches Tribunal werden. Einige Staaten wie Israel selbst, aber auch die USA und Italien haben bereits abgesagt.

Alex Feuerherdt [erklärt gegenüber Radio Corax](#) die Problematik der Anti-Rassismuskonferenz, die von einem Menschenrechtsrat organisiert wird, in dem undemokratische, menschenrechtsfeindliche Diktaturen federführend sind.

» Das Interview [hier anhören](#) oder [downloaden](#).

Die Subsumtion des Tatsächlichen



Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Begeisterung habe ich Ihren Artikel zum neuen Aschaffener Integrationsleitbild in der Bürgerzeitung [„Aschaffenburg im Dialog“](#) zur Kenntnis nehmen dürfen. Gerne würde ich Ihnen die Dienste meiner im Juni 2008 gegründeten Integrationservice GmbH zur Verfügung stellen.

Das Ziel meines Unternehmens ist es, die Integration der Menschen mit Migrationshinter- und vordergrund zu fördern. Für mein Projekt hat mir die EU Mittel in Höhe von zwei Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung steuert zwei weitere Millionen per annum bei, sodass ich Ihnen meine Dienste für sehr günstige 270.000 € pro Jahr anbieten könnte.

Mit Plakaten, Workshops und Konferenzen wollen meine MitarbeiterInnen und ich bis Mitte 2009 stärker für eine ethnische Vielfalt in Deutschland werben.

Die Bürger sollen gezielt angesprochen werden, unter anderem durch Wettbewerbe. Der erste startet heute: Gesucht werden Personen, die sich schon heute durch eine besondere kulturelle Aufgeschlossenheit in ihrem Leben hervortun.

Wir widmen uns auch der Entwicklung vollkommen neuer

Integrationskonzepte und werden uns in intensiven interkulturellen Konferenzgesprächen der Integrationsfrage stärker stellen. Die IntegrationsrätInnen unseres Unternehmens werden sich der Frage der interkulturellen Kompetenz widmen und so spätestens ab Juli 2009 einen sehr entscheidenden Beitrag zum Gelingen der Integration in Deutschland liefern.

Auch den Arbeitsmarkt werden wir entlasten, da unsere Integrationserviceagentur IntegrationslotsInnen ausbilden wird, die in Zusammenarbeit mit Ausländer-, Integrations- und MigrationsbeirätInnen der Kommunen und Sportvereine wertvolle Entwicklungen im Bereich des Diversity Managements auch außerhalb unseres Unternehmens kompromisslos vorantreiben werden.

Presseerklärung der Wentist Integrationserviceagentur GmbH zur ersten interkulturellen Integrationsbeiratskompetenzkonferenz vom 14.04.2009:

„Die Subsumtion des Tatsächlichen, sei es unter die sprichwörtliche Integrationsvorgeschichte, sei es unter den statistischen Formalismus, die symbolische Beziehung des Gegenwärtigen auf den mythischen Vorgang im Ritus oder auf die abstrakte Kategorie in der Integrationsforschung, lässt das Neue als Vorbestimmtes erscheinen, das somit in Wahrheit das Alte ist. Ohne Hoffnung ist nicht das Dasein, sondern das Wissen, das im bildhaften oder demographischen Symbol das Dasein als Schema sich zu Eigen macht und perpetuiert.“

Gez. Frek Wentist, Vorstandsvorsitzende/r

P.S.: Die Wentist Integrationservice GmbH® sucht ab sofort zur Verstärkung des Teams noch IntegrationsbeirätInnen, MigrationslotsInnen und BerufsmigrantInnen für den Innen- und Außendienst. PC-Kenntnisse wären von Nachteil, Political Correctness eine Grundvoraussetzung. Fremdsprachenkenntnisse (türkisch, arabisch, albanisch, neusprech) gern gesehen.

Bewerbungen bitte an: Wentist GmbH, z.Hd. Helga Freitag-



Weiß-Diskriminierung: Rückzieher von ter Horst



[Wie berichtet](#) wollte die sozialistische Innenministerin der Niederlande, Guusje ter Horst (Foto), die Ernennung des bereits bestellten Polizeichefs Teun Visscher für die Provinz Südholland zunächst nicht unterschreiben, weil dieser männlich und weiß sei und keinen Migrationshintergrund aufweisen konnte. Sekundär bei so gewichtigen Gründen, dass er der mit Abstand qualifizierteste Kandidat war. Auf massiven Druck auch aus der eigenen Partei hat ter Horst [jetzt doch unterschrieben](#).

Der Eifer, mit dem die sozialdemokratische Haager Innenministerin ihrem Projekt der positiven Diskriminierung nun eine Renaissance gönnen will, geht indes sogar vielen ihrer Parteigenossen zu weit. Aber nicht nur denen:

Eine breite Mehrheit der 150 Abgeordneten des Parlaments sprach sich zwischenzeitlich für die Berufung „des am besten Qualifizierten“ – und damit für die Berufung von Teun Visscher – aus. Der hatte sich als stellvertretender Polizeipräsident in der Region Gelderland schon vor langer Zeit eine hervorragende Reputation erworben und besitzt die beste Qualifikation für den Job, wie die Berufungskommission meinte.

Eine Rüge holte sich die politisch offenbar besonders korrekte Innenministerin auch vom ehemaligen Parteichef der Sozialdemokraten, Ruud Koole, derzeit Professor an der Universität Leiden: „Es ist kurzsichtig, eine Zahl oder einen Prozentsatz zu definieren, wie viele Führungspositionen von Frauen oder von Allochthonen besetzt werden müssen. Das führt dazu, dass Leute eingestellt werden, die für die Funktion, die sie erhalten, oft nicht qualifiziert sind“, kritisiert Koole seine Parteikollegin.

Da auch die meisten Medien des Landes das Feuer auf die 57-jährige Ministerin eröffneten, zeigten sich bei ter Horst bald Anzeichen, ob sie ihre Entscheidung revidieren wolle: So meinte sie zunächst, sie habe ihre Unterschrift zur Ernennung von Visscher erst einmal „aufgeschoben“.

Und dann knickte sie ein: Vor wenigen Tagen unterschrieb sie unter dem öffentlichen Druck doch Visschers Bestellungsurkunde. Freilich mahnte sie gleichzeitig ein, die Polizei möge doch künftig Frauen und ethnische Minderheiten bei Einstellungen nach Möglichkeit bevorzugt behandeln.

Ob nun der Druck der Öffentlichkeit, die eigentlich gar nichts erfahren sollte, oder die Angst, durch Entscheidungen wie dieser, Geert Wilders die Wähler in die Arme zu treiben und selbst in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden – man darf wohl davon ausgehen, dass nicht Einsicht in die eigene Unfähigkeit den Richtungswechsel der Ministerin bewirkt hat.

Und auch, wenn eine Fehlentscheidung revidiert werden konnte, werden zehn andere folgen, solange sich Politiker solchen Formats noch als Entscheidungsträger halten können.

» Email an das NL-Innenministerium: info@minbzk.nl

(Spürnase: *onlyanick*)



Rassismusklage gegen Peer Steinbrück



Ausgerechnet SPD-Mann Steinbrück, dessen Partei so intensiv gegen Rechts kämpft, hat jetzt selbst wegen seines [Schweizer-Indianer-Vergleichs](#) eine Diskriminierungsklage am Hals. Ein Mann aus Frauenfeld hat [den Bundesfinanzminister verklagt](#), weil er mit seiner Äußerung gegen [das in der Schweiz gültige Antirassismugesetz](#), das weniger einzelne Gesinnungen und Symbole, dafür aber konkrete diskriminierende Aussagen verbietet, verstoßen habe.

Sein Indianervergleich wurde als herablassend empfunden, außerdem haben SPD-Politiker der Schweiz in einer Propagandaaktion mit dem Einsatz militärischer Mittel gedroht. Der Kläger fordert daher eine Bestrafung des deutschen Finanzministers und ein lebenslanges Einreiseverbot für Steinbürck in die Schweiz.



Der Medienkrieg gegen Israel geht weiter



Während die Hamas ständig Kinder als menschliche Schutzschilder missbraucht, verdreht sie mit UNOs-Hilfe wieder einmal mächtig die Tatsachen: Die Israelis hätten am 15. Januar einen [Palästinenserjungen als menschlichen Schutzschild missbraucht](#). Sie ließen ihn nämlich angeblich vorausgehen und als Erster ein Haus betreten. Aber als Bombentester sind natürlich nur Israelis „erlaubt“.

Wie immer sind [auch die neusten Vorwürfe unbewiesen](#),

Hauptsache die Schreckensmeldung gegen Israel geht um die Welt. Den Hunderten palästinensischen Kindern, die indessen tatsächlich von ihren eigenen Leuten als menschliche Schutzschilde missbraucht wurden, indem man bewaffnete Kämpfer und Waffenlager hinter ihnen verschanzte, trauert offenbar kein Mensch eine Träne nach.

Im Gegenteil, diese Kinder werden noch nach ihrem Tod zum Kampf gegen Israel eingesetzt. Man verdreht es so, als hätten die Israelis „gezielt Kinder getötet“, in auffälliger Wiederaufbereitung der alten schaurigen [Horrorlegende](#), die Juden würden ihr Brot mit Kinderblut backen. Antisemitismus in Reinkultur.

(Spürnase: Zahal)

Zehn Jahre Kriegsverbrechen gegen Jugoslawien

☒ Heute vor zehn Jahren, 24. März 1999: Erst seit kurzer Zeit ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Partei *Die Grünen* an einer Bundesregierung beteiligt. An die Macht gelangt mit der breiten Unterstützung einer fundamental pazifistischen Friedensbewegung. Und erstmals seit 1939 schickt eine deutsche Regierung Soldaten, die sie selbst bei anderer Gelegenheit als Mörder verunglimpft, in einen grundgesetzwidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Heute weiß man: Die Gründe für den Krieg waren erlogen. In seinem Ergebnis wurden die Nichtmuslime aus dem Kosovo vertrieben und ein islamischer „failed state“ errichtet, der auf unabsehbare Zeit an der finanziellen Unterstützung der

europäischen Staaten hängt. Kein deutsches Gericht und auch nicht das Tribunal in Den Haag, das zuständig wäre, hat bisher Anklage gegen die Kriegsverbrecher von damals erhoben. Ihre Namen: Josef Fischer, Außenminister, Gerhard Schröder, Bundeskanzler, Rudolf Scharping, Verteidigungsminister (*Foto oben v.l.n.r.*).

Jahre später deckt eine Dokumentation des WDR die dreisten Lügen der ersten deutschen Kriegsverbrecher nach 1945 auf: [„Es begann mit einer Lüge„](#).

Anlässlich des zehnten Jahrestages des Angriffs auf Jugoslawien zeigen wir das seltene Beispiel einer investigativen Dokumentation (Dauer 45 Minuten) aus der Produktion des WDR. Unbedingt anschauen!

Die Verantwortlichen von damals weigern sich bis zum heutigen Tag, ihre Schuld einzugestehen.

Die Polizei – dein Freund und Helfer?



Der normale Bürger geht davon aus, dass die Polizei und der Staat auf seiner Seite sind. Ist das so? Ein Fall direkt aus meinem Bekanntenkreis.

(Gastbeitrag von Newbeer)

Nach dem Fußballturnier vergaß sein zwölfjähriger Sohn seinen Schulranzen in der Umkleidekabine. Dies fiel ihm erst auf, nachdem er zuhause ankam und er fuhr umgehend mit seinem Vater zurück, um ihn zu holen. Dort angekommen sahen sie ein paar Jugendliche im Alter von 14-16 Jahren mit besonderem Herkunftsgrad vor der Halle stehen wie sie gerade etwas verbrannten, was stark nach dem Schulranzen aussah. Die Jugendlichen ergriffen natürlich sofort auf ihren Mopeds die Flucht, bis auf einen, der es nicht schaffte.

Die Polizei wurde gerufen, um den Rest zu erledigen. Allerdings, wie man nicht erwartet hatte, wurde der Junge freigelassen, weil er beharrlich schwieg und nur sagte, dass er nicht war. Dass er dabei gesehen worden war, ist unerheblich.

Die Krönung war allerdings, dass die Polizei bei meinem Bekannten dann anrief und fragte, ob man nicht die Anzeige fallen lassen möchte, weil es eh nichts bringe und davon auszugehen sei, dass seinem Sohn als Vergeltung etwas angetan werden könnte.

Als Sahnehäubchen wurde dem Vater noch mitgeteilt, dass, sollte er es persönlich in die Hand nehmen wollen, die Jugendlichen zur Bezahlung des Schadens zu bewegen und dies auch nur ansatzweise mit Gewaltandrohung oder -ausübung tun würde, er empfindlich bestraft würde. Selbiges gelte natürlich auch, wenn sein Sohn dies mit Freunden tun würde.

Ist es eigentlich nicht die Aufgabe der Polizei und des Staates, den Bürger zu schützen, bzw. dahingehend zu maßregeln, dass eine Tat bestraft und erzieherisch sinnvoll präventiert wird? Anscheinend nicht. Resignation und Tipps zur Vermeidung der Opferrolle kursieren stattdessen. Kuschelkurs und Angst scheinen den Alltag zu bestimmen.

Wo liegt nun der Unterschied, außer der Herkunft als offensichtlicher Bonus?

Hilft Islam gegen Islam?



Die alte Bundeshauptstadt Bonn scheint Ulm als Kaderschmiede islamischer Terroristen in Deutschland abzulösen. Dort wuchsen gleich mehrere der im Zusammenhang mit internationalem Terrorismus auftretenden Aktivisten der jüngsten Zeit auf. Damit niemand auf die Idee komme, das habe etwas mit der von Saudi-Arabien im Bonner Süden betriebenen König Fahd Akademie zu tun, verlegt die WELT das Problem für ein sozialromantisches Märchen in den sozialen Brennpunkt Tannenbusch im Norden (*Foto*).

Dort kämpft eine Vorzeigemuslima mit Kopfwindel und Koran gegen die Hassprediger aus den Wohnsilos. Großartig: Wenn ihre Schützlinge einen jüdischen Mitschüler mit dem Kopf ins Klo stecken, gibts ordentlich was auf die Ohren: Koranverse, die von der Schönheit des Islam künden. Dass derartige antisemitische Exzesse dort anscheinend zum Alltag gehören, ist der WELT einen halben Nebensatz wert – [in einem langen Artikel](#) über die angeblichen Selbstheilungskräfte der islamischen Hassideologie:

Und als jüngst an einer Hauptschule Muslime den Kopf eines Mitschülers ins Klo steckten, weil er Jude ist, kreuzte am nächsten Tag die redegewandte 27-Jährige in der Klasse auf und warf den Jungs Koranverse und Gelehrtenaussprüche, die Respekt vor Andersgläubigen gebieten, nur so um die Ohren.

Aber derart engagierte Muslime, die den Gewaltbereiten das Etikett „wahrer Islam“ streitig machen, sind Einzelkämpfer. Von der Stadt werden sie nicht unterstützt. Dabei haben sie ein vielversprechendes Rezept. Sie appellieren nicht an das

Selbstmitleid, sondern an den Stolz ihrer Glaubensgeschwister: Hass, Herzenskälte und Faulheit seien eines Muslims schlicht unwürdig. Und diese Ansprache stößt bei jungen Muslimen auf Sympathie. „In Tannenbusch“, sagt Saloua Mohammed deshalb, „steckt viel Gutes. Man muss es nur ansprechen.“

Welche der Koransuren es sein sollen, die den Muslimen Respekt vor Andersgläubigen – im Koran stets „Ungläubige“ genannt – nahelegen, und gar die „über 250 klaren Anweisungen, diese zu töten“ (Ralph Giordano) außer Kraft setzen, übersteigt anscheinend die Recherchekunst der Qualitätsjournalisten. Es ist allerdings auch schwer, eine Quelle zu nennen, die nur in der xenophilen Phantasie existiert.

Bis aber die wunschgeträumten Koranverse ihre Wirkung entfalten, und Tannenbusch zu einer Oase islamischen Friedens wird, ist es noch ein weiter Weg. Insbesondere ist es die sprichwörtliche Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit der Deutschen, die es der Saat des Friedens so schwer macht, aufzugehen. Ein „schneidiger Anwalt“, der die Moslemverbrecher raushaut, wenn es doch statt Koranversen um die Ohren einmal Ärger mit der aus dem Gebiet weitgehend zurückgezogenen Polizei der Ungläubigen gibt, erklärt uns unsere Schuld:

„Viele Jugendliche in Neu-Tannenbusch fühlen sich minderwertig, als Verlierer. Die sammeln nirgends Erfolgserlebnisse. Nicht in der Schule, nicht im Beruf, weil sie ja oft gar keinen haben. Höchstens in ihrer Clique können sie sich beweisen“ – meist durch Straftaten.

Dazu passt, dass in Neu-Tannenbusch häufig sogar Polizisten angegriffen werden, dass dort dreimal mehr Hartz-IV-Empfänger leben als im städtischen Durchschnitt, oder dass die Arbeitslosenzahl mit 21 Prozent dreimal höher liegt. Und nirgends besuchen so viele arabisch- und türkischstämmige Jugendliche eine Sonderschule wie dort. Führen Armut und

Frust in einem Viertel mit 50 Prozent Migranten also zu Deutschen-Hass und Taliban-Sympathie?

So simpel sei es natürlich nicht, räumt Günal ein. Einige Ex-Tannenbuscher, die nun aus Al-Qaida-Lagern zur Gewalt aufriefen, hatten bekanntlich Abitur und Arbeit. Die habe etwas anderes auf Distanz zu Deutschland gebracht: Ausgrenzung. Und plötzlich erzählt der schneidige Anwalt von sich selbst: Noch 1990 habe er sich als Deutscher gefühlt. Schließlich sei er hier geboren und spreche Deutsch wie seine Muttersprache. Als Deutschland 1990 die Fußball-WM gewann, habe er im schwarz-rot-goldenen Trikot gejubelt. Aber dann kamen die Anschläge von Solingen, Rostock und Mölln, die Kampagne Roland Kochs gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und immer wieder kleine Respektlosigkeiten. Einmal fragte ihn ein deutscher Bekannter: „So 'n Muezzin jault wie ein dreckiger Köter, oder?“ Günal ist weltlich erzogen, aber solche Sprüche signalisierten ihm: Du wirst nie dazugehören.

Heute bezeichnet er sich als Türke und jubelt im roten Trikot über die Siege der türkischen Elf. „Wenn selbst ich mich in Deutschland zurückgewiesen fühle“, sagt er, „wie viel mehr dann die frustrierten Jungs aus Tannenbusch?“ Und die werden von einer Handvoll extremistischer Menschenfischer umworben. In Hochhaus-Gebetsräumen leiten die meist ungebildeten Scheichs Mini-Gemeinden. Dort lehren sie, die deutsche Gesellschaft verdiene es, ausgenommen zu werden. Ungläubige seien wertlos. Und wer als Muslim am Arbeitsplatz mit Frauen zu tun habe, solle kündigen. Außerdem preisen sie den Märtyrertod im Kampf gegen den Westen. Beim Bonner Rat der Muslime beobachtet man all das mit Sorge. „Gegen diese selbst ernannten Scheichs hilft nur eins: Der wahre, freundliche Islam muss bekannter werden. Es darf nicht passieren, dass Jugendliche ohne jede Islamkenntnis auf Fanatiker stoßen und glauben, das sei Islam“, sagt Saloua Mohammed. Die 27-Jährige spaziert entlang der Oppelner Straße in Neu-Tannenbusch. Vor einem Hochhaus quellen Mülltüten aus Containern, eine Ecke

weiter fährt die Polizei vor. Auf der anderen Straßenseite reichen Jugendliche einen Joint herum, und am Eingang zur U-Bahn traktieren sich ein paar Jungs mit Kickbox-Kombinationen.

Und dann stecken sie einen jüdischen Mitschüler mit dem Kopf ins Klo. Weil die Deutschen ihnen zu wenig Respekt zeigen. Und weil sie noch mehr Islam brauchen. Denn überall, wo es soviel Islam gibt, wie das Herz begehrt – im Iran, Saudi-Arabien, Ägypten oder Gaza – liebt man bekanntlich die Juden und übt Toleranz gegen Andersgläubige, so wie die junge Missionarin von Tannenbusch es lehrt.

(Spürnase: Onkel M.)



Evangelischer Pfarrer bittet um mehr Taqiyya



Angesichts der Eröffnung der gegen den Willen

der heimischen Bevölkerung errichteten [Moschee in Moers](#) hat der evangelische Pfarrer und „Islam-Experte“ Gerhard Duncker (Foto r.) die Moslems ganz offen [um mehr Taqiyya gebeten](#), um die Ungläubigen nicht zu ängstigen. Das ist selbst in der Geschichte der Kirchenkrieger ein Novum.

Die Mehrheitsgesellschaft hierzulande habe kein Recht, Muslimen bei der Ausübung ihres Glaubens Vorschriften zu machen, betonte Duncker. Aber sie dürfe Muslime bitten, bei Moscheebauten zu prüfen, „ob etwa der osmanische Baustil einer Moschee einer westfälischen Kleinstadt angemessen ist“. Deutsche Muslime sollten sich zudem überlegen, ob sie eine Moschee „Fatih Cami“, Eroberermoschee, nennen sollten oder besser „Lale Cami“, Tulpenmoschee. Unnötige Missverständnisse könnten so vermieden werden.

So werden Eroberer zu Blumen umgewidmet. Von der Umwidmung christlicher Kirchen in Moscheen hält der „Experte“ dagegen nichts, denn:

Ein solcher Bestimmungswandel wäre kein Beitrag zum Frieden in einem Stadtteil, sondern würde vorhandene Ängste vor einem „Islam auf dem Vormarsch“ nur zusätzlich verstärken, sagte Duncker.

Und wir wollen ja keine Ängste schüren, nicht wahr?

» gerhard.duncker@lka.ekvw.de

Türkei lehnt Rasmussen als

NATO-Chef ab



Wie [angekündigt](#) lehnt die Türkei als einziger Mitgliedsstaat den dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen (Foto) als nächsten NATO-Generalsekretär ab. Die eindrucksvolle [Begründung](#): Die islamische Welt würde Rasmussen wegen des Karikaturenstreites und der Einladung von Wilders durch die dänische Regierung nicht akzeptieren.

Frankreich, Deutschland und Großbritannien unterstützen seine Kandidatur, auch die USA haben sich für ihn ausgesprochen – und so kann sich der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen gute Chancen ausrechnen, diesen Sommer der nächste Chef der Nato zu werden.

Wenn da nicht die Türkei wäre. Schon als die Kandidatur des Dänen bekannt wurde, sträubten sich türkischen Politikern die Nackenhaare: Jeder, bloß nicht der! Das war der Tenor in den regierungsnahen Medien, meist unter Bezug auf nicht genannte Funktionäre.

Gut zu wissen, dass die „islamische Welt“ jetzt schon den NATO-Generalsekretär bestimmt. Und die Türkei unterstreicht damit einmal mehr eindrucksvoll, dass sie sich in erster Linie dem Haus des Friedens und erst irgendwann danach den (christlichen) Bündnispartnern verpflichtet fühlt. Das gibt schon mal einen Vorgeschmack für ein angehendes EU-Land Türkei.

Das Herz der WELT-Leser schlägt übrigens für Rasmussen.

(Spürnasen: observer812 und Florian G.)



Im Haus des Friedens rollen die Köpfe

✘ Amnesty International gibt die traurige Bilanz der weltweiten Hinrichtungen im Olympiajahr 2008 bekannt. Erwartungsgemäß und in historischer Tradition wurden die meisten Menschen wieder von den chinesischen Kommunisten getötet (1718). Es folgen die islamischen Staaten Iran (346), Saudi-Arabien (102) und Pakistan (36). Es gibt bei den Zahlen allerdings eine erhebliche Dunkelziffer – und das „Ranking“ ist insofern nicht aussagekräftig, als es direkte Zahlen vergleicht, ohne diese in Beziehung zur Größe der Länder zu setzen. Mit dieser Korrektur ergibt sich eine andere Rangfolge.

[BILD-online](#) berichtet:

Damit vollstreckte die Volksrepublik wieder mehr Todesurteile als jeder andere Staat der Welt. Die Hoffnung, dass die Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008 an Peking etwas daran ändern könnte, erfüllte sich nicht.

Im Gegenteil: Dem Amnesty-Bericht zufolge verdreifachte sich die Zahl der bekannt gewordenen Hinrichtungen im Olympiajahr sogar (2007: mindestens 470).

Damit trägt China auch die Verantwortung dafür, dass sich die Zahl der weltweit registrierten Hinrichtungen 2008 fast verdoppelte – von mindestens 1252 auf mindestens 2390. Die Volksrepublik, so Amnesty, sei auch im Olympiajahr „grausamer Weltmeister“ der Todesstrafe geblieben.

Auf China folgen in der Statistik der Iran (mindestens 346 Exekutionen), Saudi-Arabien (mindestens 102), Pakistan (mindestens 36) und die USA (34). Als einziges Land in Europa ließ Weißrussland vier Menschen töten. Zugleich wurden in insgesamt 52 Ländern mindestens 8864 Männer und Frauen zum Tode verurteilt. Demgegenüber ist in insgesamt 138 Staaten die Todesstrafe abgeschafft oder wird in der Praxis nicht mehr vollstreckt. Vergangenes Jahr kamen Argentinien und Usbekistan hinzu. In der Bundesrepublik Deutschland fand die letzte Hinrichtung 1949 statt, in der DDR 1981.

Setzt man die veröffentlichten Zahlen einmal in Relation zur erheblich unterschiedlichen Einwohnerzahl (Quelle: [Wikipedia](#)) der schlimmsten Hinrichtungsstaaten, ergibt sich eine andere Rangfolge. Pro eine Million Einwohner gab es im Iran 4,8 Hinrichtungen, Saudi-Arabien 4,1 Hinrichtungen, China 1,3 Hinrichtungen. Erstaunliches Fazit: Da, wo die sogenannte Religion des Friedens besonders intensiv befolgt wird, ist die Häufigkeit der Hinrichtungen noch viermal größer als beim kommunistischen Spitzenreiter. Je Moslem desto Rübe ab.